

Westerwälder Zeitung

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Ämtliches Kreisblatt für den Oberwesterwaldkreis

Marienberg Anzeiger

Druck und Verlag der Buchdruckerei Carl Ebner in Marienberg u. Hachenburg. — Begr. 1848
Fernsprech-Anschlüsse: Hachenburg Nr. 155, Marienberg Nr. 187. Telegramm-Adresse: Zeitung Hachenburg-Westerwald.

Anzeigen: Die 43 mm breite Millimeterzeile 20 Pfg., die 36 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung. Bei Anzeigen aus dem Oberwesterwaldkreis wird eine besonders Ermäßigung von 10% vom Nettobetrag gewährt.

Nr. 90.

Dienstag, den 27. April 1920.

72. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

Wb. Berlin, 23. April.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen gelangte der Entwurf eines Gesetzes über die Befriedung der Gebiete des Reichstages und der Landtage in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 15 Stimmen der Unabhängigen in dritter Lesung zur Annahme.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfes des Reichsgesetzes. In namentlicher Abstimmung entscheidet die Mehrheit für die Bestimmung des Paragraphen 2, wonach die Ausübung des Wahlrechtes für die Wähler für die Dauer der Zugehörigkeit zur Wehr ruhen soll. Der gesamte Gesetzentwurf wird darauf in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Befriedung Koburgs mit Bayern und des Gesetzes über den Land Thüringen.

Die Gesetze werden in zweiter Lesung und gleich in dritter Lesung mit 300 Stimmen (einstimmig) angenommen.

Das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen wird in zweiter und dritter Lesung nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Abg. Bartsch (Dem.) hat gemeinsam mit einer Reihe anderer Abgeordneten aus allen bürgerlichen Parteien den Antrag gestellt, die vom Ausschuss für Volksrecht am 31. März 1920 beschlossene Verordnung der Befreiung des Grundlohnes und der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung aufzuheben und die Regierung aufzufordern, alsbald den Entwurf einer neuen Verordnung vorzulegen. Der Antragsteller verweist auf den lebhaften Widerspruch, der sich in Ärzten und unter den von der Verordnung betroffenen Angehörigen gegen den Beschluß erhoben hat.

Abg. Kolkenbühr (Soz.) tritt für die Verordnung des Ausschusses ein und verlangt bei Berechnung der Einkünfte Berücksichtigung des Lohnes in voller Höhe. Die Erhöhung der Versicherungsgrenze sei bei den geringen Löhnen und Gehältern gerechtfertigt.

Abg. Behrens (D. N.): Die Gefahr der böswilligen Ausnutzung der Krankenkassen zum Nachteil der Gesamtheit ins Riesenhafte, wenn, wie mir mitgeteilt wird, die Verordnung Kosten von 8—10,000 Mark für den Krankheitsfall eintreten können.

Abg. Becker-Arnberg (Ztr.): Die Arbeitslosenversicherung wird ein Schlag ins Wasser sein, wenn sich die bezahlten Angestellten einfach krank melden und die höheren Krankengelder einstecken können. (Beifall.)

Abg. Dr. Most (D. Sp.): Wir lehnen jede Sozialisierung der freien Berufe ab, dagegen wünschen wir eine Erhöhung der Gesamtgrenze für die Versicherungspflicht der Privat-Angestellten-Versicherung.

Abg. Brühl (US): Die Krankenkassen brauchen das Geld der besser bezahlten Angestellten zum Ausgleich für Ausfälle bei den Mitgliedern mit geringen Beiträgen.

Der Antrag Bartsch wird unter lebhaftem Beifall mit den Stimmen der beiden sozialistischen Parteien angenommen. Schluß 6.20 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

Wb. Berlin, 23. April.

Nach der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfes über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin.

Abg. Wulken (Soz.): Von den Erwartungen auf einen Verbandsrat hat sich nichts erfüllt. Er konnte nicht verhindern, daß die einzelnen Gemeinden Kirchturns treiben.

Abg. Gottwald (Ztr.): Eine Reform ist notwendig, wenn wir versuchen, die Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden nicht völlig zu unterbinden.

Abg. Lüdke (D. N.): Das Gesetz hat eine große politische Tragweite und ist der erste Schritt zur Begründung eines Freistaates Berlin im Freistaat Preußen.

Abg. Dominicus (Dem.): Ohne Einheitsgemeinde ist eine finanzielle Gesundung möglich.

Abg. Dr. Leidig (D. Sp.): Eine günstige Entwicklung nur auf dem Boden der Gesamtgemeinde möglich. Der Staatssekretär Freund: Es handelt sich um das größte Aufgehen der Selbstständigkeit des Einzelbesitzes in den Gesamtkörper.

Abg. Leid (US.): Um die Einheitsgemeinde zu retten, werden wir trotz aller Bedenken für den Entwurf stimmen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In der Einberufung werden etwa zwei Drittel der Vorlage mit kleinen redakt. Änderungen unter Ablehnung zahlreicher Anträge der beiden Rechtsparteien und der Unabhängigen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Samstag.

Weltbühne.

Krise im parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Berlin, 24. April (W. B.). Der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung für die Vorkriegszeit Abg. Dr. Quard legte den Vorsitz d. Ausschusses nieder, weil sein Antrag, Beilmann-Hollweg, Jagow und Zimmermann noch unmittelbar nach Abschluß des Parlaments mündlich über die Schuldfrage zu vernehmen, keine genügende Unterstützung fand. Die Vertreter der Deutsch-Nationalen, der Demokraten und des Zentrums waren gegen die Vernehmung vor der Wahl, weil eine Erhöhung des Wahlkampfes dadurch befürchtet wird. Die Abgg. Quard, Frau Bohm-Schuch (Soz.) und Eichhorn (U. S.) waren dafür. Meerfeld (Soz.) enthielt sich der Abstimmung.

Die demokratischen Kandidaten für Hessen-Nassau.

Marburg, 25. April. Die heute hier abgehaltene Vertreterversammlung d. Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis Hessen-Nassau stellte folgende Kandidaten für die Reichstagswahl auf:

1. Walter Schücking (Marburg), 2. Landwirt Ertischmann, 3. Reichsminister a. D. Hugo Preuß, 4. Dr. Anna Schulz (Frankfurt a. M.), 5. Pfarrer Philippi (Wiesbaden), 6. Oberleutnantsdirektor Dr. Friedrich (Kassel), 7. Handelskammersekretär Dr. Trümper (Frankfurt a. M.), 8. Postsekretär Kaufhold (Hanau), 9. Lehrer Wilhelm (Kassel), 10. Frl. Rathe, (Kassel), 11. Bürgermeister Kappel (Hachenburg), 12. Landtagsabgeordneter Dr. Hufnagel (Arolsen), 13. Frl. Grete Wahmann (Schwege), 14. Angestelltensekretär Gehner (Frankfurt a. M.), 15. Frau Pfarrer Löw geb. Naumann (Simmerbach), 16. Landwirt Johannes Heinrich Nau (Beltershausen, Kreis Marburg), 17. Fabrikant Privat (Friedrichsdorf), 18. Stadtverordnete Frl. Alma Mülich (Ditz), 19. Oberingenieur Köth (Viebrich), 20. Justizrat Dr. Albert Helff (Frankfurt a. M.).

Beschlossen wurde, an den Parteivorstand in Berlin die Aufforderung zu richten, den Innungsoberrmeister Kniest (Kassel), auf die Reichsliste zu setzen.

Die neutrale Zone geräumt.

Berlin, 25. April. Die Zurückziehung der Truppen aus der neutralen Zone hat stattgefunden. Die Truppenzahl an Offizieren und Mannschaften in dieser Zone beträgt nunmehr nicht mehr als 1700 Köpfe, überschreitet also nicht mehr die Kopfstärke, die unter Zugrundelegung der Entscheidung des Obersten Rates vom August 1919 für die neutrale Zone festgesetzt ist.

Dank der Generalsynode an das Haus Hohenzollern.

Berlin, 24. April. Den Abendblättern zufolge beschloß die Generalsynode der evangelischen Kirche Preußens in ihrer Schlußsitzung eine Dankes- und Gebetsanrede an das Haus Hohenzollern, besonders an den Kaiser, als den letzten Träger des Kirchenregiments in Preußen. Ferner wurde eine Erklärung beschlossen, über die Bildung einer staatsfreien Volkskirche, die sich außerhalb des Parteilebens zu halten habe.

Englische Stimmen über den Friedensvertrag.

Amsterdam, 24. April. (Wolff). Nach der Times erklärte Lloyd George auf eine Frage englischer Sozialisten, es sei nicht vorgeschlagen worden, Deutschland die Lebensmittellieferungen abzusperren. In Deutschland würde schon genug gehungert. Im besetzten Gebiet erhalten die Bevölkerung lediglich den dritten Teil der normalen Lebensmittelmengen. Hinsichtlich der Entwertung wie gegenüber der Nichtlieferung der Steinkohlen müsse die Ausführung des Friedensvertrages erzwungen werden. Die Alliierten müßten gemeinsam handeln. Die Zeit könne kommen, da Deutschland wieder erstarke, aber der Gedanke, Deutschland sei gefährlich für die Alliierten, sei im Augenblick phantastisch.

Zur Frage des Ruhrgebiets sagte Lloyd George, er erwarte eine befriedigende Lösung. Eine Schwierigkeit bilde die Weigerung Bayerns, den Befehlen Berlins zu gehorchen. Die Befestigung des Ruhrgebiets und eines Teiles

Preußens würde seines Erachtens nicht das geeignete Mittel sein, einen Druck auf Bayern auszuüben. Lloyd George meinte, die Furcht vor dem Bolschewismus in Deutschland sei nicht übertrieben, obwohl er nicht glaube, daß der deutsche Charakter sich für den Bolschewismus eigne. Auf der anderen Seite habe der Mißerfolg des Kapp-Unternehmens gezeigt, daß Deutschland nicht geeignet sei, die militäristische Bewegung zu unterstützen.

Haag, 25. April. (Wolff). Der „Nieuwe Courant“ meldet aus London, Lord Rober Cecil sagte in einer Rede in der Völkerbundsvereinigung, der Friedensvertrag dürfe nicht zu einem Fegens Papier werden. Auf der anderen Seite dürfe auch nichts Unmögliches verlangt werden. „Wir müssen“, sagte er, „so schnell wie möglich aus der Kriegs- und Völkermordatmosphäre heraus. Ich hoffe, daß man nicht des Hochverrats oder der Gotteslästerung anklagt, wenn ich sage, der Oberste Rat könnte mir keine größere Freude bereiten, als wenn er die Sitzungen so schnell wie möglich aufheben würde.“

Türkischer Protest gegen die griechische Annexion Adriansopels.

Mailand, 24. April. Der Führer der türkischen Friedensdelegation in San Remo erklärte einem Korrespondenten der „Tribuna“ daß er keinen Friedensvertrag entgegennehmen könne, der dem türkischen Volke alle die Rechte, die den anderen Völkern zugesprochen wurden, vorenthalten würde, der ihm alle nationale Freiheit nähme und der schließlich Adrianopel den Griechen zusprechen würde. Wenn die Großmächte die Durchführung solcher Friedensbedingungen erzwingen wollten, würden sie alle mohammedanischen Streitkräfte gegen Europa aufheben.

Kurze Nachrichten.

Als vortragende Rätin tritt in das Reichsministerium des Innern Fräulein Dr. Gertrud Kämmer (M. d. N.) ein. Sie übernimmt das Dezernat in der Abteilung für Schulangelegenheiten.

Nach Mitteilung der Handelskammer Frankfurt a. M. hat die preussische Regierung der Frankfurter Messe einen Betrag von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Seitens der schwedischen Regierung wurde entschieden, daß Kapp auf freien Fuß zu setzen sei, unter der Bedingung, daß er keine Politik treibt oder politische Verbindungen unterhält. Wie zuverlässig verlautet, soll sich die Familie Kapps bereits auf dem Wege nach Schweden befinden.

Die holländische Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach Deutschland einen Vorschuß von 25 Millionen Gulden erhalten soll. Dieser Betrag stellt einen Teil der 60 Millionen dar, die Deutschland für Nahrungsmittelleistungen braucht.

Caillaud wurde zu drei Jahren Gefängnis, fünf Jahren Aufenthaltsverbot und Verlust der polit. Rechte auf zehn Jahre und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt, weil er während des Krieges „sachliche Briefverkehr mit Ausländern“ gepflogen haben soll.

Die polnische Regierung hat den Obersten Rat benachrichtigt, daß sie deutsche Länder militärisch besetzen werde, wenn Deutschland seine Friedensverpflichtungen Polen gegenüber nicht halten würde.

Daily Herald meldet, Japan habe Sowjetrußland den Krieg erklärt, und Amerika habe Japan freie Hand in Sibirien gelassen.

Heimatsdienst.

Hachenburg, 27. April 1920.

— Rentezahlung. Beim hiesigen Postamt findet die Zahlung der 3. Renten und 4. Renten am 1. Mai und zwar für die Landbewohner von vormittags 8—12 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr für die Bewohner von Hachenburg statt.

— Kreisvereinigungen ehemaliger Kriegsgesangener. Am Sonntag nachmittag fand in der Westendhalle eine Versammlung der Ortsgruppe Hachenburg und Umgebung statt, in der Herr Kreissekretär Schmidt einen Vortrag über die Ziele, die Arbeit und die Erfolge des Verbandes hielt. Besonders verteilte er bei der Lohnungsfrage, dem Schmerzenskinder der ganzen Bewegung. Er hält es nicht für richtig, vor allem auf Nachzahlung der Lohnung für die ganze Dauer der Gefangenschaft zu bestehen, was nach den geltenden Bestimmungen auch nur in besonderen Fällen geschehen

kann. Für viel wichtiger, weil gerechter und sozialer, hält er die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Gewährung von angemessenen Wirtschaftsbeihilfen. Eine Beihilfe von 300 Mark sei bei der herrschenden Geldentwertung natürlich nicht ausreichend. Auch müsse gemäß dem Beschlusse der Weimarer Tagung versucht werden, die Festsetzung der Beihilfen besond. Hilfsausschüssen, nicht den militärischen Behörden zuzuweisen. Jedenfalls werde es sich der in Erbach gewählte Hilfsausschuß angelegen sein lassen, die Interessen der Geschädigten nach jeder Richtung hin zu vertreten. In der Aussprache erhebt Herr Schönfeld-Hachenburg die Forderung auf vollständige Nachzahlung der Löhnung. Mit 2,5 Milliarden seien alle Ansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen, einschließlich Wirtschaftsbeihilfen gedeckt. Bei der großen Schuldenlast des Reiches käme es auf diese Summe mehr oder weniger nicht an. Die bewilligten 170 Millionen seien nur ein Almosen. Er bemängelte die den schlechten Stand der deutschen Valuta unberücksichtigt lassende Art der Einlösung der Schuldanerkennnisscheine der franz. Militärbehörden im Besitz der Gefangenen. Ferner wünscht er Untersuchung und Bestrafung der Mißhandlungen auch in deutschen Gefangenenlagern und will internationale Bestimmungen geschaffen wissen, daß Gefangene in künftigen Kriegen nicht in den Händen des Feindes verbleiben, sondern neutralen Händen zugewiesen werden. Herr Schmidt weist als Vertreter der Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle die Auffassung als bedauerlich zurück, als käme es auf ein paar Milliarden Schulden mehr oder weniger nicht an. Selbstverständlich müßten die Kriegssopfer entschädigt werden, aber von Almosen könne keine Rede sein. Eine schematische Zahlungsweise könne sich nur ein wohlhabender Staat leisten. Ein Verarmter wie der deutsche müsse nach sozialen Gesichtspunkten sondern. Für die internationalen Bestimmungen in Bezug auf die Befolgung der in Gefangenschaft geratenen Offiziere könne die heutige Regierung nicht verantwortlich gemacht werden. Herr Schönfeld hält es für ein Zeichen nicht genügenden Interesses für die Sache der Kriegsgefangenen, daß der Landrat zweimal den von ihm als dem Vorsitzenden der Fürsorgestelle einberufenen Versammlungen nicht persönlich beigewohnt habe. Herr Schmidt weist diesen Vorwurf in schärfster Weise zurück. Es sei unerhört, aus der Tatsache, daß der Landrat zufällig zweimal dienstlich verhindert gewesen sei, Sitzungen des Hilfsausschusses beizuwohnen, den Schluss zu ziehen, es fehle ihm an Interesse. Der Fürsorgeausschuß habe stets unter Vorsitz des Landrats getagt. Die Fürsorgestelle habe keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Interessen der Kriegsgefangenen zu vertreten. Und um die vorliegenden Anträge nicht unnötig zu verzögern, habe er, Redner, als ausführendes Organ der Fürsorgestelle, die Abhaltung der Versammlungen trotz dienstlicher Abhaltung des Landrats unter Vorsitz von Herrn Dekan Heyn veranlaßt. Dadurch sei an der Sache selbst, die doch die Gefangenen allein interessiere, nichts geändert worden. Keiner der Vertreter habe den Wunsch nach persönlicher Anwesenheit des Landrats geäußert, sonst wäre dem Wunsche gewiß entsprochen worden. Er müsse also die Äußerung des Vorredners als Verleumdung zurückweisen. Herr Schönfeld muß zugeben, er kenne den Landrat gar nicht, da er erst seit 6 Wochen wieder zu Hause sei. Aber die Gefangenen hätten draußen öfters den Eindruck gehabt, sie seien von der Heimat verlassen worden. Daher ihre erbitterte und gereizte Stimmung. Er habe keine Beschwerde gegen die Fürsorgestelle erheben wollen. Die Versammlung bestätigte, keinen Grund zur Klage wider die Fürsorgestelle zu haben, und spricht ihr das Vertrauen aus. Zum Schlusse folgt die Auszahlung von Beihilfen, und der Vorstand der Ortsgruppe wird neu gewählt. Vorsitzender bleibt Herr Franz Adam, Schriftführer Herr Buchhalter Kramer, Kassierer Herr



Zur Verhaftung von Dr. Kapp in Schweden.

Unser Bild zeigt Dr. Kapp in dem Augenblick, als er von der Stockholmer Polizei aus dem Badhotel Södertael abgeholt und nach Stockholm gebracht wird. Wie aus dem Bild ersichtlich, hat Dr. Kapp, um sich unkenntlich zu machen, den Bart abnehmen lassen.

Schönfeld. Jede der angeschlossenen Landgemeinden soll einen Vertrauensmann benennen, der mit dem Vorstand in ständiger Fühlung bleiben und den Geschäftsverkehr vermitteln soll.

— Ehrenzulage für Inhaber Eiserner Kreuze 1. Klasse. Die Inhaber der Eisernen Kreuze 1. Klasse aus dem Krieg 1870-71 haben gemäß Paragr. 1 Friedensbefolgungsvorschrift Anspruch auf eine Ehrenzulage von drei Mark monatlich. Ein Kriegsteilnehmer des letzten Kriegs hat die Vergütung für die im Jahre 1918 verliehene Auszeichnung des Eisernen Kreuzes 1. Klasse ebenfalls beanprucht. Das Reichswehrministerium hat darüber wie folgt entschieden: „So erwünscht die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse auch wäre, so muß doch bei der Geldlage des Reichs von weiteren Maßnahmen in dieser Frage abgesehen werden.“

— Briefmarken zu 10 und 20 Mark. Deutsche Briefmarken zu 10 und 20 Mark gelangen demnächst zur Ausgabe. Bisher lautete die höchstwertigste Briefmarke auf 5 Mark, die neuen hohen Portogebühren, namentlich für Pakete, zwingen aber zur Ausgabe hochpreisiger Freimarken.

— Taschensfahrplan. In den nächsten Tagen gelangt für den Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt am Main ein neuer Taschensfahrplan zur Ausgabe. Er ist bei allen Fahrkartenausgaben sowie beim Verlag Druckerei Karl Ritter, Frankfurt a. M.-Süd zum Preise von 50 Pfg. erhältlich.

— Ein Nass. Krieger-Gedenkbuch. Der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung beabsichtigt, den gefallenen Nassauern zum bleibenden Gedächtnis ein Denkmal in Form eines Gedenkbuches zu setzen. In diesem Buche soll der Name eines jeden im Weltkriege gefallenen Nassauers Aufnahme finden. Jede Gemeinde wird ein solches Buch erhalten.

— Warnung vor falschen Reichsbanknoten. Von den in letzter Zeit zur Ausgabe gelangenden grünen Reichsbanknoten zu 50 Mark (Ausgabe vom 24. Juni 1919) sind außer der im März durch die Tagespresse bekanntgegebenen Fälschung weitere Nachbildungen aufgetaucht. Die Fälschungen zeigen meist die nachstehenden hauptsächlichsten Kennzeichen: 1. Papier in Stärke und Färbung abweichend. 2. Vorderseite: schlecht und ungenau wiedergegeben, besonders mangelhaft die violetten

Stempel, Unterschriften und Nummern. Frauenhaar fallend unrein, zum Teil ein altes, schielendes Gesicht. Unterer rechter Stern am Himmel fehlt. Seite: Unrein und fleckig. Zeichnung teilweise am Kopf stehend. Brauner Außenrand schmaler. Druck erheblich dünner. Der auf der Rückseite in den Außenrande bei echten Noten deutlich erkennbare etwa drei Zentimeter breite, aus dunkelbraunen Papier eingewirkten Fasern bestehende Fächerstreifen durch aufgedruckte Striche, die beim Halten der Noten das Licht nicht durchschimmern, nachgeahmt. Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt.

Marienberg, 26. April. Der Kanzlist Herr Zeiler beim hiesigen Amtsgericht wurde zum Sekretär dortselbst ernannt.

Hardt, 24. April. Einen besonderen Imkererzählte der stellvertretende Bürgermeister von hier Ferdinand Hammel. Während in anderen Jahren der Honigernte Ende Mai oder Anfang Juni werden konnte, schleuderte der Genannte schon am 16. Pfund Honig von drei Bienen. — Die Wahl zum neuen Bürgermeister ist auf den 1. Mai anberaumt.

Westerburg, 23. April. Trotz Dementi durch den Rentmeister ist der Verkauf des gesamten Leiningerischen Besitzums hier in der Stadt, mit Ausnahme des Schlossgebäudes, als Tatsache. Der Kaufpreis beträgt rund 10 Mark, wovon auf die Grafschaft Westerburg 3 Mark entfallen. Käufer ist ein Herr aus Frankfurt, hauptsächlich um den Westerburger Wald zu kaufen, dessen Nutzung er bereits am 1. Mai tritt. Verkauf wurde insofern gegen eine neuerliche Verstoßung, als dem Staate nicht das Vorkaufsrecht boten wurde. Deswegen ist es vielleicht möglich, daß Kauf durch den Staat annulliert wird. Die Verwaltung hat bereits Schritte in dieser Hinsicht. Schon am 19. Februar, als das Gerücht ausbrach, daß das Leiningerische Besitzum solle verkauft werden, hat Stadtverordneter Berger einen diesbezüglichen Antrag beim Stadtrat eingereicht. Hätte man sich nicht in Sicherheit zu wozu allerdings die Aussagen der gräflichen Kammeranlassung gaben, daß das Besitzum in absehbarer Zeit verkauft wird, dann wären der Stadt manche erspart geblieben und sie brauchte jetzt nicht den Rat zu rufen. Sollte es noch gelingen, den gräflichen Besitz Westerburg zu retten, dann müßte unbedingt ein gerversammlung einberufen werden, damit allen gern Gelegenheit geboten wird, sich zu der Sache äußern.

Die Auswertung der nassauischen Seenplatte.

In der rheinischen Presse wird augenblicklich dankte erörtert, den Amtsgerichtsrat Schäfer um der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vor die Öffentlichkeit bringt. Da seine Reichweite sich gerade in der gegend stark bemerkbar machen wird, wollen wir kurz Notiz nehmen.

Schäfer schlägt allen Ernstes vor, durch Auswertung der Wassermasse und des Gefälles der nass. Seen auf dem Westerwald zwischen Hachenburg und Selters eine ansehnliche elektrische Betriebskraft zu schaffen, die nach seiner Auffassung vor allem der westfälischen Industrie zugute kommen soll. Er will das Wasser der Seenplatte, die in den jetzt getrennten fünf Weihern zusammen eine Fläche von 180 Hektar einnimmt, in einem Sammelbecken vereinigen, das einen bis tief unter das Rheinbett geführten Abzug des stillgelegten Eisenbergwerkes „Eisenkaule“ bis es bis auf einige Meter über dem Rheinpieß zu lassen und dort die Turbinen eines Elektrizitätswerkes damit zu treiben. Das abfließende Wasser könnte

Treue Liebe.

Kriminalroman von Erich Eberstein.

Es war ein schmales, distantes, elegant mobiliertes Kabinett mit vielen Teppichen, Polstermöbeln und Blüschvorhängen, welche das einzige Fenster fast zur Hälfte verdeckten. Das ganze Gemach trug den Charakter einer steifen, düstern Pracht und wurde augenscheinlich wenig benutzt. „Nun, hier kann sich allerdings jemand sehr leicht verstecken haben“, nicht der Untersuchungsrichter, „und wir wollen es uns jedenfalls später gründlich ansehen. Wer wohnt nebenan? Oder gibt es keine zweite Wohnung in diesem Stadtwerk?“

„Doch. Eine ebenso große, als diese hier. Sie wird von einem alten Fräulein mit ihrer Dienerin bewohnt. Fräulein Sebestein.“

„Bitten Sie die Dame herüber.“

Während die Frau sich entfernte, zog Wasmuth die Schubladen des am Fenster stehenden Schreibtisches auf.

Sie waren mit Schriften und Papieren vollgepackt. Eine bläuliche Menge Material, das uns schon ein paar Tage schuldig zu tun geben wird, ehe es gesichtet ist. Haben Sie nicht einen Koffer, Herr Richter, in dem wir das Zeug sortieren könnten.“

„Gewiß. Herr Asar besitzt Koffer und Kisten in Ueberfluß. Ich werde sogleich einen davon holen.“

Als er mit einem ziemlich großen Koffer zurückkehrte, wurde der gesamte Schreibtischinhalt hineingepackt, worauf der Untersuchungsrichter den Koffer Schlüssel an sich nahm.

Inzwischen erschien die Hausmannsfrau mit einem vor Aufregung und Grollen zitternden alten Dämchen, das sie als Fräulein Sebestein vorstellte. Das Fräulein nahm gleich das Wort.

„Ach Gott, ach Gott, wenn man denkt — wenn man doch denkt, daß in diesem stillen anständigen Hause so etwas passieren kann! Wenn man denkt — ein Mord! Ach Gott — ein Mord! Und da drin liegt er wohl?“ Jammerte sie, einen schreien Blick nach der Tür des Nebenzimmers werfend, die dünnen Äste ihres winzigen, mageren Körperchens empor-

ringend. O Gott, ich bin ganz krank, meine Herren, der arme, gute Herr Asar, wenn man bloß denkt —“

„Fassen Sie sich, mein Fräulein“, unterbrach sie höflich der Untersuchungsrichter und schob Fräulein Sebestein einen Stuhl hin.

„Nehmen Sie Platz, wenn ich bitten darf. Ich möchte einige Fragen an Sie richten.“

Das alte Dämchen ließ sich erschöpft auf den Stuhl fallen und blickte Wasmuth verstört an. Dann stammelte sie leichenblau mit bebender Stimme: „O Gott, wenn Sie vielleicht glauben — ich bin unschuldig, Herr Richter — ich schwöre es! Die Familie Sebestein, deren letztes Glied ich bin, zeichnete sich immer durch Redlichkeit und strenge —“

„Aber bestes Fräulein“, unterbrach sie der Untersuchungsrichter, gleich den anderen Herren mit Lachen kämpfend, „was fällt Ihnen denn ein? Es handelt sich doch nicht um Sie, sondern lediglich um Auskünfte, die Sie uns möglicherweise geben können.“

Fräulein Sebestein atmete tief erleichtert auf. Ihr gelbes Vogelgesichtchen verlor das Verängstigte und bekam dafür einen dem plötzlich erwarteten Gefühl ihrer Wichtigkeit entsprechenden Ausdruck.

„Fragen Sie, Herr Richter!“

„Vor allem: Haben Sie gestern Abend irgend etwas Besonderes oder Auffallendes bei Ihrem Nachbar wahrgenommen? Ich meine, ob Sie etwas gehört oder gesehen haben, daß irgend eine fremde Person die Wohnung des Herrn Asar betrat?“

Ohne einen Augenblick zu zögern, antwortete das alte Fräulein: „Aber gewiß! Mein Vorzimmerfenster geht nämlich auf den Treppentorridor und ich stand eben an demselben, als ein junger Mann die Treppe heraufkam und an Asars Wohnung klingelte. Dies mußte meine Neugierde erregen; denn Herr Asar pflegte ja sonst von niemandem besucht zu werden. Ich blieb also stehen und guckte mir den hübschen und eleganten, jungen Mann an, bis Herr Asar ihn einließ.“

„Um wieviel Uhr war dies?“

„O, ich glaube, halb acht. Herr Asar war kurz zuvor von

seinem täglichen Spaziergange heimgekehrt. Remarke es nach acht Uhr, denn da lehrte mein Dienstmädchen einen Einkauf zurück und ich mußte ihr leider öffnen.“

„Warum „leider“?“

Fräulein Sebestein errödete.

„Nun, ich sah gerade so hübsch an der Längsmauer das Schlafkabinett, das an Herrn Asars Salon angeschlossen war, hätte gar zu gerne gehört, worüber die beiden Herren so erregt.“

„Es gab also Streit in Asars Wohnung?“

„Das kann ich mit gutem Gewissen nicht behaupten, wurde nur laut und erregt gesprochen nebenan. Ich sonst bei gewöhnlichen Besuchen üblich ist.“

„Konnten Sie etwas von der Unterhaltung verstehen?“

„Leider nicht. Wenn es ringsum ganz still ist, kann man wohl einzelne Worte verstehen. Diesmal gelang es mir nicht, denn die Herren sprachen sehr leise und hatten auf der Straße mehrere Wagen und meine Betty nach Hause. Als ich wieder in mein Salettt kam, wurde drüben nur mehr ruhig und leise gesprochen.“

„Sahen Sie oder Ihr Mädchen den Besucher fortgehen?“

„Nein. Als ich drüben bei Herrn Asar nichts mehr sah, nahm, ging ich hinaus, um den jungen Mann nachzusehen, kam aber zu spät. Ich hörte wohl jemand die Treppe hinabgehen —“

„Könnte das nicht auch irgend ein anderer Besucher sein?“

„Gewiß.“

„Wie sah der junge Mann aus?“

„O, sehr hübsch und vornehm. Groß, breit, blond, einem blonden Spitzbart und mit etwas dunkleren Haaren. Ich sah ihn ganz deutlich; denn das Licht der Straße fiel gerade auf sein Gesicht. Und ich habe dabei: So muß wohl einst der junge Feldherr ausgesehen haben.“

„Sahen Sie denselben Herrn schon früher?“

„Niemals!“

„Überhaupt keinerlei Besuche? Denken Sie sich Fräulein Sebestein!“

einen etwa 12 Km. langen Stollen mit dem nötigen Gefälle in das Auhachtal und weiter in den Rhein geleitet werden.

Schäfer kommt zu nachstehenden Folgerungen:

1. Ausnutzung des Schachtes und Stollens zum Auhachtale zur Herstellung einer gradlinigen Verkehrsstraße aus dem Neuwieder Becken nach Herborn, Marburg, Kassel oder Gießen, Marburg, Kassel.

2. Bessererschließung der Braunkohlen des Westerwaldes, da, wenn einmal ein Querschollen vom Auhachtale zum Schacht der „Eisenkaule“ gebaut würde und Arbeiter und Maschinen auf der Baustelle zusammengebracht wären, es eine unverzeihliche Unterlassung sein würde, wenn der Stollen nicht zehn bis dreizehn Kilometer weiter geführt würde, und zwar bis an das Braunkohlenvorkommen des Westerwaldes.

Ja, Schäfer folgert weiter, daß es von der Ausdehnung und Lage des Kohlenvorkommens abhängen würde, ob der Stollen noch bis zum mittleren Lahntale fortzuführen wäre. Eine durch den Stollen gelegte Bahn würde in Gießen Anschluß an die Strecken Gießen-Kassel und Gießen-Fulda finden.

Wie weit die Technik dem Gedanken zu folgen vermag, und ob die aufzuwendenden Kosten, die allerdings von Schäfer verhältnismäßig gering bezeichnet, jedoch nicht ziffernmäßig angegeben werden, im Einklang mit dem zu erzielenden Resultat stehen, läßt sich an Hand der knappen Angaben nicht beurteilen. Treffsicher aber die Voraussetzungen der Wirtschaftlichkeit zu, so ist nicht einzusehen, weshalb der Gedanke nicht in die Tat umgesetzt werden sollte.

Letzte Drahtmeldungen.

Deutsche Delegierte nach Belgien.

San Remo, 26. April. Die Konferenz hat heute im Prinzip beschlossen, nächsten Montag deutsche Delegierte nach Belgien zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungsbestimmungen zu beraten.

Wiederholungs Zahlensystem.

San Remo, 26. April. Ministerpräsident Millerand empfahl ein Zahlensystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen mit allmählich steigenden Jahreszahlungen auf 30 Jahre. Keine Jahreszahlung solle jedoch geringer als drei Milliarden sein.

Die deutsche Heeresstärke.

Paris, 26. April. Das „Petit Journal“ meldet, das deutsche Verlangen, seine Armee auf 200.000 Mann zu erhöhen, sei abgelehnt worden. Die Stärke der deutschen Armee solle 100.000 Mann betragen, doch könnten die Polizeikräfte vermehrt werden.

Paris, 26. April. Der Sonderberichterstatter des „Intransigent“ in San Remo meldet, man werde vielleicht Deutschland ein Heer von 150.000 Mann bewilligen.

Italien für Frieden und Arbeit.

Paris, 26. April. Nitti erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, daß die jetzige Lage nicht ohne Gefahr länger dauern könne. Europa müsse zum Frieden und zur Arbeit zurückgeführt werden. Der Friedensgeist müsse über den kriegerischen Geist siegen, sonst gehe man einer Katastrophe entgegen. Um dies zu verhindern, müßten sich Sieger und Besiegte vereinen. Man müsse Deutschland die Möglichkeit geben, zu arbeiten und zu leben. Sonst werde es dem Bolschewismus oder dem Militarismus verfallen.

Revolutionäre Bewegung in Dierdenhofen.

Dierdenhofen, 26. April. Alle Fabriken sind hier stillgelegt. In verschiedenen Orten wurden Soldaten von den Aufständigen angegriffen. Die Gewehre wurden ihnen abgenommen und vernichtet. In Dierdenhofen selbst durchzogen die Aufständigen unter Absonderung revolutionärer Lieder mit roten Fahnen die Stadt. Die Bewegung ist angeblich nicht wirtschaftlicher, sondern revolutionärer Natur.

Generalstreik der Eisenbahner in Paris.

Paris, 26. April. Der Kongreß der Eisenbahner hat eine Entschlüsselung angenommen, in den Generalstreik einzutreten zur Erzwingung der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Wiedereinstellung der anläßlich des letzten Streiks Entlassenen, der Niederschlagung aller strafrechtlichen Verfolgungen und der Anerkennung des Gewerkschaftsrechtes. Der Streik soll binnen kurzem beginnen.

Verantwortlicher Schriftleiter:

J. Hard Grünrowska, Hachenburg

Amthliches.

Nr. 2, 3. Nr. 2815. Marienberg, 22 April 1920.

Terminkalender.

Freitag, den 30. April 1920 letzter Termin zur Erwidung meiner Kreisblattverfügung vom 22. 11. 1918 R. A. Nr. 13551, Kreisblatt Nr. 123 und der dazu gehörigen Berichtigung auf Seite 2 des Kreisblattes Nr. 126 betreffend Einreichung der Nachweisung über die gesamten Familienunterstützungen soweit sie aus Reichsmitteln erstattet werden, im Monat April 1920.

Die Anmeldung ist unbedingt nach dem mit obiger Verfügung vorgeschriebenen Muster zu machen. Auch Fehlmeldungen sind erforderlich.

Der Vorsitzende des Kreiswohlfahrtsamtes: U l r i c i.

Verz. Staatskommissar für Volksernährung.

Berlin W 8, 12. April 1920.

Betrifft: Bienenzucker.

In Verfolg meines Runderlasses vom 17. Februar ds. J. — 6b. 620 — stelle ich nunmehr für jedes überwinternde Bienenstock 2 1/2 Pfund Zucker zur Verfügung.

Der Zucker wird unvergällt und zu dem für Inlandszucker geltenden Preise abgegeben.

Die Verteilung erfolgt wie bisher durch die bienenwirtschaftlichen Provinzialverbände, deren kaufmännische Verteilungsstellen und die Imkervereine unter Leitung und Aufsicht der Honigvermittlungsstelle beim Preuß. Landesamt für Gemüse und Obst in Berlin W 57, Potsdamerstraße 75.

Die Imkervereine und sonstigen Verteilungsstellen sind berechtigt, für ihre Unkosten und Mithaltung eine Gebühr bis zu 1 Mark für jeden zugeteilten Doppelzentner Zucker zu erheben. Die Erhöhung der Gebühr ist eine notwendige Folge aller Unkosten, namentlich der Fracht- und sonstigen Transportkosten.

Eine Gegenseitigkeit seitens der Imker in Gestalt von Honig zur Krankenernährung wird, wie bereits im Runderlaß vom 17. Februar gesagt, nicht wieder gefordert. Dagegen muß auf der reistlosen Erfüllung der vorjährigen Ablieferungspflicht schon mit Rücksicht auf diejenigen Imker bestanden werden, die dieser Pflicht pünktlich nachgekommen sind. Die Verteilungsstellen werden zu diesem Behufe angewiesen werden, denjenigen Imkern, die ihre Pflicht böswillig versäumt haben, den ihnen zustehenden Zucker nicht auszuhändigen. Ich nehme hierbei auch auf meinen Runderlaß vom 23. März ds. J. — 6b. 1138 — Bezug.

Die nachstehende Bekanntmachung ist von den Kommunalverbänden, für die Überdrucke dieses Erlasses beigefügt werden, in der gleichen Art wie in dem Runderlasse vom 17. Februar vorgeschriebene zu erlassen.

J. B.: Rötger.

Polizeiverordnung

betr. Bekämpfung der Bisamratte.

Auf Grund der Paragr. 6, 12 und 13 der Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. Sept. 1867 (GSS 1529) und der Paragr. 137 und 139 des Landesverwaltungs-gesetzes vom 30. Juli 1883 (GSS 195) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den unbefestigten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Hegen, Halten und Versenden der Bisamratte (Fiber zibethicus) ist verboten.

Für wissenschaftliche Zwecke sind Ausnahmen zugelassen, jedoch darf der Versand und die Haltung lebender Bisamratten auch dann nur in eiseren Käfigen oder allseitig mit Blech beschlagenen Kästen erfolgen.

Anträge auf Bewilligung von Ausnahmen sind bei mir zu stellen.

§ 2.

Jedes Neuaufreten der Bisamratte ist sofort der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

Zur Anzeige sind verpflichtet:

1. Eigentümer, Besitzer, Pächter und Pächter für ihre Grundstücke und Gewässer,
2. die Fischereiberechtigten einschl. der Fischereipächter,
3. die Jagdberechtigten einschl. Jagdpächter,
4. die Forstschutzbeamten,
5. die öffentlichen Sicherheitsorgane.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

§ 4.

Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. (A 3 N. 10266-10341.)

Kassel, den 16. Dezember 1919.

Der beauftragte Reg.-Präsident: Springorum.

Bekanntmachung.

Die Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H., Berlin, hat wegen der Belieferung der Benzolverbraucher im besetzten Gebiet angeordnet, daß vom 1. März ab für die Abgänge die gleichen Bestimmungen wie im unbefestigten Deutschland gelten sollen. Der Absatz wird in Form von gewerkschaftlichen bzw. geographischen Kontingenten geregelt und zwar erfolgt die Festsetzung der den einzelnen Kontingentsverteilern zur Verfügung zu stellenden Betriebsstoffmengen durch die M. V. G. im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium. Als Verteiler kommen in Betracht:

1. Für rein landwirtschaftliche Zwecke die Landwirtschaftskammern (Unterverteilungsstellen, Landratsämter).
2. Für alle ortsbeweglichen Motore die Regierungspräsidenten.
3. Die Benzolverteilungsstelle für metallverarbeitende Handwerksbetriebe, Düsseldorf.
4. Der Bund der Bezugsvereinigungen Deutscher Gewerbe e. V., Berlin SW 11, Hafenplatz 5, für alle handwerksmäßigen Betriebe.
5. Für Färbereien und chem. Waschanstalten der Verband chem. Färbereien und Waschanstalten, Berlin SW 11, Hafenplatz 5.
6. Für Motorenfabriken der Reichskommissar für Eisen- und Metallverarbeitung, Berlin W 15, Kurfürstendamm 193-194.
7. Für Lackfabriken die Reichs-Abrechnungsstelle des Verbandes Deutscher Lackfabrikanten, Berlin NW 7, Unter den Linden 68 a.
8. Für Kunstlederfabriken d. Verband Deutsch. Kunstlederfabriken und Wachsdruckfabrikanten Fr. Leo Cohn, Rosenthalerstraße 41.
9. Für elektr.-techn. Industrie der Zentralverband elektrisch-technischer Industrie, Berlin W 10, Corneliussstraße 3.
10. Für das Buch- und Steindruckgewerbe der Verein Deutscher Buch- und Steindruckfabrikanten e. V., Berlin W 30, Bayerischer Platz 6.

11. Für die Glasinstrumentenfabriken der Verband der Glasinstrumentenfabriken Deutschlands, Immenau in Thüringen.

12. Für die chemische Industrie die Verteilungsstelle für die chemische Industrie, Berlin W 10, Regentenstraße 23.

13. Für die Uhrenindustrie der Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie, Berlin W 10, Kleiststraße 19.

14. Für die Textilindustrie der Gesamtverband der Deutschen Textil-Veredlungs-Industrie, Berlin W 35, Schönebergerstraße 35.

15. Für Ärzte der Verband der Ärzte Deutschlands, Dresden.

Marienberg, 13. April 1920

Diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe (s. Ziff. 1), für die Motoren-Betriebsstoffe erforderlich sind, wollen bestimmt bis zum 6. eines jeden Monats diesbezügliche Anträge, deren Dringlichkeit von dem zuständigen Bürgermeister zu bescheinigen ist, mir vorlegen.

Der Landrat. J. B.: Jacobs.

Lgb.-Nr. L. 783.

Marienberg, 19 April 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich ersuche die in der dortigen Gemeinde befindlichen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen zu befragen, ob sie die Absicht haben, für immer in Deutschland zu bleiben. Es ist mir hierüber sofort zu berichten. Gleichzeitig wollen Sie die Russen dahin belehren, daß sie sofort ein entsprechendes Gesuch an die Kommandantur des Kriegsgefangenenlagers in Kassel-Niederwehren — Abt. 1 a zu richten haben.

Der Landrat. J. B.: Jacobs.

Lgb.-Nr. K. A. 3254

Marienberg, 17. April 1920.

Der zum Rechner der Gemeinde Zinhain ernannte Theodor Mayer dortselbst ist von mir bestätigt worden. Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses. J. B.: Sahm.

Bekanntmachung.

An die Imker!

Seitens der Staatsregierung sind nunmehr denjenigen Imkern, die sich auf Grund der früheren Bekanntmachung rechtzeitig in die Ortslisten eingetragen haben, für jedes überwinternde Bienenstock 2 1/2 Pfund Zucker zur Verfügung gestellt worden. Eine größere Menge ließ sich bei der großen Zuckerknappheit nicht erübrigen.

Die Zugehörigkeit zu einer Imkerorganisation ist auf die Zuckererteilung ohne Einfluß.

Der Zucker wird unvergällt und zu dem für Inlandszucker geltenden Preise abgegeben.

Die Imkervereine und sonstigen Verteilungsstellen sind berechtigt, für ihre Unkosten und Mithaltung eine Gebühr bis zu 1 Mark für jeden zugeteilten Doppelzentner Zucker zu erheben. Die Erhöhung der Gebühr ist eine notwendige Folge aller Unkosten, namentlich der Fracht- und sonstigen Transportkosten.

Von der Abgabe von Honig zur Krankenernährung wird, wie bereits bekannt gegeben, die Zuckerlieferung nicht wieder abhängig gemacht, dagegen muß der aus dem Vorjahre noch rückständige Honig unbedingt nachgeliefert werden. Wer diese Pflicht böswillig versäumt, bekommt keinen Zucker. Für die Nachlieferung gelten die vorstehenden Bestimmungen.

Marienberg, den 22. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses: U l r i c i.

Lgb.-Nr. K. G. 3313.

Marienberg, 17. April 1920.

Auf Lager der Firma Phil. Schneider in Hachenburg ist beschädigtes Hafermehl, das zu Futterzwecken ganz vorzüglich geeignet ist, eingetroffen. In erster Linie soll dieses Hafermehl nach Bestimmung der Bezirksfuttersmittelliste als Milchleistungsfutter abgegeben werden. Der Preis stellt sich auf 150 Mark pro Zentner. Das Hafermehl kann gegen Bezugsscheine, die auf der Futtermittelstelle des Kreis-Ausschusses (Zimmer 24) ausgestellt werden, in Empfang genommen werden. Sacke sind bei abholen des Hafermehls mitzubringen.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses. J. B.: Sahm.

Abt. 2, J.-Nr. 2817.

Marienberg, 22 April 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Unter Bezugnahme auf meine Rundverfügung vom 20. 4. 1915 R. A. Nr. 3147 ersuche ich Sie, mir zwecks Erwirkung eines Zuschusses aus Reichs- und Staatsmitteln eine genaue Zusammenstellung über den aus Gemeindemitteln im Monat April 1920 gemachten Gesamtaufwand in Mark für Kriegswohlfahrtspflege getrennt nach den einzelnen Titeln:

1. Zuschüsse zu den Reichsfamilienunterstützungen,
2. Für sonstige Arten der Kriegswohlfahrtspflege auszufertigen und bis zum 30. April 1920 bestimmt vorzulegen.

Sofern die Gemeinde nach Titel 2 Aufwendungen gemacht hat, bleibt der Gegenstand der Aufwendungen im Einzelnen genau anzugeben.

Alle nicht fristgerecht oder nur unvollständig hier eingehenden Berichte müssen bei der Verteilung der Zuschüsse unberücksichtigt bleiben.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses: U l r i c i.

Abt. 2, J.-Nr. 2816.

Marienberg, 22 April 1920.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 11. 3. 1918, R. A. Nr. 2281, Kreisblatt Nr. 20, ersuche ich Sie, mir zwecks Erwirkung eines Zuschusses aus Reichs- und Staatsmitteln eine genaue Zusammenstellung über den aus Gemeindemitteln im Monat April 1920 gemachten Gesamtaufwand in Mark für Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Hausbrandkohlen auszufertigen und bis zum 30. April 1920 bestimmt vorzulegen.

Alle nicht fristgerecht hier eingehenden Berichte müssen bei der Verteilung der Zuschüsse unberücksichtigt bleiben. Der Vorsitzende des Kreiswohlfahrtsamtes: U l r i c i.

500 Taschentücher

weiß, reinleinen, Stück 3,50 Mk.

Eine Anzahl fertige

Damen-Unterröcke

zum Ausfuchen, Stück 28,50 Mk.

450 Mtr. Baumwollzeug

in bester Webart, schönsten Mustern, waschecht, für Kleider, Blusen u. Jacken Meter 35,- und 39,50 Mark.

Sommer-Joppen

für Herren und Burschen, aus starkem Zwirnstoff, Stück 52,50 und 59 Mk.

Knaben-Waschblusen

in allen Größen und Preisen.

Herren-Trikothemden

in guter Qualität,

weit billiger als Biberhemden,

Stück 35, 37,50 und 39,50 Mk.

Neue Herren-Anzugstoffe

140 cm breit

Meter 145, 165, 185 und 210 Mk.

Neue Sommer-Mützen

für Herren und Knaben, in großer Auswahl,

von 3,50 bis 27 Mk.

Berliner Kaufhaus, Hachenburg
P. Fröhlich.

Schuh-Schäfte

in Borzind, Borzalf und Kalbleder, schwarz und braun in bester Ausführung bei

Wilh. Völkner, Schallstepperel, Hachenburg

Spinal

Meerrettig

eingetroffen.

Warenhaus S. Rosenau Hachenburg.

Für Anstreicher und Schreinermeister!

Sämtliche Buntfarben, Lithopone, Kreide, Gps, alle Sorten Lacke, Bronzetinktur, Anti-Beizen, franz. Tafelklein, Lein- und Terpentinöl rein, Bohnerwachs, Kitt, Mattierung, Tupper, Schläger, Durchzieher, Deckenbürsten, Pinsel, Schablonen etc. etc. kaufen Sie vorteilhaft durch Auswahl bei

Emil Brach, Lack- u. Farben-Großhandlung
Grenzhausen, Bergstr. 18. Telefon Nr. 94.
N.B. Bitte möglichst Gefäße mitzubringen.

Drucksachen aller Art

in Schwarz-, Mehrfarben- u. kopierfähigem Druck wie:

Briefbogen, Rechnungen, Kuverts, Postkarten, Mitteilungen, Prospekte, Preislisten, Rundschreiben, Rezepte, Programme, Eintrittskarten, Geschäftsberichte, Selbstkostenrechnungen, Quittungen, Arbeitszettel, Frachtbrieft, Kollianbänger, Lohnbeutel, Paketaufklebaddressen, Waggonzettel

Verlobungsbrieft, Verlobungskarten, Vermählungsanzeigen, Einladungskarten zur Verlobungs- und Hochzeitsfeier, Danksagungskarten, Speisefolgen, Hochzeits-Zeitungen, u. -Lieder, Geburtsanzeigen, Glückwunschkarten, Todesanzeigen u. Danksagungskarten, Visitenkarten, Briefbogen etc.

liefert in geschmackvoller, sauberer Ausführung

Buchdruckerei Carl Ebner,
Marienberg Hachenburg.

Neu eingetroffen

in großer Auswahl!

Elektrische Kochapparate

Bügeleisen

ferner

Glüh-Lampen

in allen Kerzenstärken und Spannungen.

Verkaufsstellen bei: Hugo Bachhaus, Hachenburg.
Ferdinand Ruster, Alpenrod.
Albert Berner, Erbach.

Heinrich Weyer Gastwirt Oberhattert
Karl Meyer IV., Unnau.

Friedrich Bockius,

Elektrische Licht- und Kraftanlagen.
Hachenburg, Westerwald.

Rassauische Kriegsversicherung.

Bekanntmachung.

Gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 14. 2. 1920 (verklündigt 17. 2. 20) über die Auslegung der Begriffe Friedensschluß und Kriegsende im Sinne rechtsgeschäftlicher Erklärungen wird die Annahmefrist für Kriegsterbefälle letztmals bis zum

31. Mai 1920

verlängert. Ansprüche, die nach diesem Zeitpunkt eingehen, werden bei der Abrechnung nicht mehr berücksichtigt. Als Kriegsterbefälle werden alle Sterbefälle angesehen, die unter den versicherten Kriegsteilnehmern infolge einer im Kriege erlittenen Verletzung oder Erkrankung bis

spätestens 17. Mai 1920

eingetreten sind.

Die fällige Leistung der Kasse kann nunmehr erst im Laufe des Monats Juni 1920 den Empfangsberechtigten überandt werden.

Wiesbaden, 20. April 1920.

Direktion der Rassauischen Landesbank.
Abteilung Kriegsversicherung.

Deutscher Werkmeisterbund

Sitz Essen Ruhr.

Ortsgruppe Erbach (Westerwald).

Die Mitglieder unserer Ortsgruppe werden hierdurch zu der am Sonntag, den 2. Mai, d. Js., mittags 1 Uhr, im Gasthause Schnorr in Langenhahn stattfindenden

Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht über Abschluß des neuen Tarifvertrages;
2. Bericht über die Delegiertentagung in Beldorf;
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.

Der Vorstand.

In unser Handelsregister A. Nr. 29, Firma Sägewerk Bülbingen (Westerwald), Hermann Flohr, ist folgendes eingetragen worden:

Die Firma ist erloschen.

Marienberg, den 20. April 1920.

Das Amtsgericht.

Wieder lieferbar:

Rachels-Essenzen:

Benediktiner
Bergamotte
Kakao
Curacao
Chartreuse
Cherry-Brandy
Rum
Arrac
Kognak
Schlummer-Punsch
Ananas
Waldmeister
Karl Dasbach, Drogerie
Hachenburg.

Suche einen schönen, sprungfähigen

Lahnbulen

zu kaufen. Angebote sind zu richten an

Wilhelm Schürz I.
in Stangenrod, Post Korb.

Männ.-Ges.-Verein Hachenburg.

Mittwoch abend 9 Uhr
bestimmt Gesangsprobe.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, sowie für die zahlreichen Kranzspenden sprechen wir unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Familie Bernhard Pickel
Familie Büsgen.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir

herzlichen Dank.

Carl Christian und Frau

geb. Wörsdörfer Hachenburg.

Wilh. Leyendecker u. Frau

geb. Wörsdörfer Altstadt.

Unbrauchbare Fahrradbereifungen

werden in erstklassiger Vulkanisier-Anstalt wieder wie neu hergerichtet.

Kostenvoranschläge a. eingesandte Reifen umsonst.

Feldmann-Werke Siegen

Fernruf 193. Oststraße 1/2.

Wegen Hirat des lang-jährigen Mädchens, ein tüchtiges

Alleinmädchen

gesucht für ruh gen herrschaftlichen Eigenhaushalt, guter Lohn u. sehr gute Verpflegung für 15. Mai. Offerten an die Geschäftsstelle des Blattes.

Geflügelstreuende lesen

Geflügel-Welt

Probe-Nr. u. Bücher

Verhandlung Th. K...
Hachenburg, Wilhelm...
Lieferung sämtl. Vorräte
in der nächsten Woche



Wer Eile hat
bedenke früh,
Erdal Schuhputz
spart Zeit und Mühe.

Schuhputz
Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz